

1                   **Den Notstand an unseren Schulen stoppen –**  
2                   **Für einen grundlegenden Richtungswechsel**  
3                   **in der saarländischen Schulpolitik**

4  
5                   *Beschluss von Landesvorstand und Landtagsfraktion der CDU Saar*

6                   *Illingen, 3. September 2023*

7  
8  
9                   Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene brauchen beste Bildungs-, Betreuungs- und  
10                  Ausbildungsmöglichkeiten. Damit finden sie ihren Platz im persönlichen und beruflichen  
11                  Leben, und nur so hat unser Land gute Chancen auf die Sicherung von Zusammenhalt und  
12                  Wohlstand. Deshalb stehen wir als CDU im Saarland für eine Bildungs- und Schulpolitik, die  
13                  auf Pragmatismus statt Ideologie setzt. Wir stehen zu unserem bewährten gegliederten  
14                  Schulsystem mit einer ausdifferenzierten Profilierung und einer hohen Durchlässigkeit. Wir  
15                  stehen für Chancenvielfalt und Chancengerechtigkeit. Überall im Saarland sollen junge  
16                  Menschen beste, gleichwertige Bildungschancen haben.

17  
18                  Die von der SPD-Alleinregierung betriebene Schulpolitik ist jedoch stark von verkrusteter  
19                  sozialdemokratischer Ideologie geprägt und wird den Anforderungen an eine zeitgemäße  
20                  Schulpolitik nicht gerecht:

- 21
- 22                  • Immer weniger Kinder beherrschen die deutsche Sprache – doch statt das  
23                  Sprachförderprogramm „Früh Deutsch lernen“ auszubauen, stellt die SPD es ein.
  - 24                  • Die Migrationszahlen sind auf einem Rekord-Hoch – doch die Einrichtung von  
25                  Willkommensklassen mit einer gezielten Sprachförderung für Migrantenkinder  
26                  scheitert an der SPD.
  - 27                  • Die Digitalisierung wird immer wichtiger – doch die SPD hat kein erkennbares  
28                  Konzept und lässt die Schulträger im Regen stehen.
  - 29                  • Den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule bis 2026 haben  
30                  Bund und Länder beschlossen – doch bei den erforderlichen Umbau- und  
31                  Erweiterungsmaßnahmen an den Schulen, die viel Geld kosten, helfen sie den  
32                  Kommunen nicht.

- 33 • Die Einführung von G9 bietet die große Chance auf ausdifferenzierte Wege zum  
34 Schulabschluss – doch mit dem Abschaffen von Sitzenbleiben und  
35 Zugangsvoraussetzung sowie einer gezielten Schwächung des Gymnasiums, etwa  
36 bei den Lehrerstellen, bereitet die SPD die Einheitsschule vor.
- 37 • Im Saarland spüren wir bereits deutlich den Lehrermangel im Bildungsbereich – doch  
38 ein Konzept des SPD-Bildungsministeriums, um diesem wachsenden  
39 Fachkräftemangel wirksam zu begegnen, fehlt weiter völlig. Stattdessen frustriert  
40 die fehlende Wertschätzung der Landesregierung im Umgang mit den Lehrerinnen  
41 und Lehrkräften, den Sprachförder-Lehrkräften und anderen Fachkräften motivierte  
42 Menschen in der Schulgemeinschaft. Gleichzeitig vergrault die Landesregierung mit  
43 Ignoranz gegenüber Überlastungsanzeigen, Brandbriefen,  
44 Verbesserungsvorschlägen der Fachkräfte und durch die chaotischen Zustände bei  
45 Stellenvergaben potenzielle neue Lehrerinnen und Lehrer.

46

47 Deshalb fordern wir einen grundlegenden Richtungswechsel in der saarländischen  
48 Schulpolitik, um den Notstand an unseren Schulen zu stoppen. Mit den folgenden  
49 Maßnahmen legen wir als CDU im Saarland zu Beginn des neuen Schuljahres unser  
50 Sofortprogramm für eine moderne Schulpolitik für das Saarland vor.

51

52

53 **1. Wir wollen die Sprachkompetenz als zentrale Grundlage für den**  
54 **Schulweg gezielt stärken und fördern.**

55

- 56 • Immer weniger Kinder in Deutschland können zum Ende ihrer Grundschulzeit richtig  
57 lesen. Diesen höchst alarmierenden Befund hat zuletzt die Internationale  
58 Grundschul-Lese-Untersuchung aufgezeigt. Während der Bedarf an gezielter  
59 Sprachförderung also immer deutlicher nachgewiesen wird, hat das SPD-  
60 Bildungsministerium schon im letzten Jahr das erfolgreiche Sprachförderprogramm  
61 „Früh Deutsch lernen“ in einer Nacht-und-Nebel-Aktion eingestellt. Das war ein  
62 großer Fehler der SPD, der umgehend korrigiert werden muss. Kinder mit  
63 Sprachdefiziten in Deutsch müssen in ihrem eigenen Interesse vor der regulären  
64 Einschulung intensiv gefördert und für die Schule vorbereitet werden. Deshalb  
65 fordern wir die Landesregierung auf, das Programm „Früh Deutsch lernen“

66 umgehend wieder einzuführen und flächendeckend auszubauen. Der Grundsatz  
67 „Deutsch vor der Einschulung“ muss endlich eine größere Priorität erhalten und im  
68 Saarland flächendeckend sichergestellt werden.

69

70 • Durch die aktuellen Rekordzahlen bei der Einwanderung kommen auch immer mehr  
71 Flüchtlingskinder in unsere Schulen, die nicht über ausreichend Deutschkenntnisse  
72 verfügen. Viele Bundesländer haben deshalb Willkommensklassen und spezielle  
73 Sprachkurse eingerichtet, um diese Kinder vor dem Wechsel in die Regelschule  
74 gezielt in Deutsch zu fördern. Wir fordern die Landesregierung auf, diesem Beispiel  
75 endlich zu folgen und auch im Saarland Willkommensklassen vor allem in den  
76 weiterführenden Schulen einzurichten. Denn für Kinder und Jugendliche mit  
77 Migrationshintergrund ist es grundlegend, frühzeitig Deutsch zu lernen, um am  
78 Gesellschaftsleben teilhaben und in Schule und Berufsleben einsteigen zu können.

79

80 • Um nicht-schulreifen Kindern einen guten Start in der Schuleingangsphase zu  
81 ermöglichen, sind für uns Schulkindergärten ein wichtiges Instrument, das in allen  
82 Schulregionen wieder eingerichtet werden sollte. Im Sinne einer Inklusion mit  
83 Augenmaß bieten Schulkindergärten die Chance, noch nicht schulreife Kinder  
84 behutsam und spielerisch auf die Grundschule vorzubereiten. Das ermöglicht diesen  
85 Kindern den bestmöglichen Schulstart und geht individuell auf sie ein. Hinsichtlich  
86 der Ausgestaltung der Schulkindergärten bietet das Konzept der  
87 Sprachförderklassen, das weiterentwickelt und gestärkt werden sollte, einen guten  
88 Orientierungsrahmen.

89

90

## 91 **2. Wir wollen die Städte und Gemeinden dabei unterstützen, eine** 92 **„Investitionsoffensive Grundschulen“ umzusetzen.**

93

94 • Zu den Rahmenbedingungen für eine gute Lernumgebung für unsere Schülerinnen  
95 und Schüler gehören moderne, gut ausgestattete Schulen. Doch insbesondere die  
96 Städte und Gemeinden, die für Bau, Instandhaltung und energetische Sanierung der  
97 Grundschulen zuständig sind, können notwendige Maßnahmen aufgrund fehlender  
98 Haushaltsmittel schon jetzt nicht hinreichend umsetzen. Hinzukommt ein

99 zusätzlicher Umbau- und Erweiterungsbedarf durch den Rechtsanspruch auf  
100 Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026. Diesen haben Bund und Länder  
101 gemeinsam vereinbart, allerdings haben sie immer noch nicht verbindlich mitgeteilt,  
102 in welcher Dimension und wie sie die Kommunen bei dieser Herausforderung  
103 unterstützen wollen. Weder aus dem 3-Milliarden-Schuldenfonds noch darüber  
104 hinaus gibt es von der SPD-Landesregierung konkrete Aussagen, wie sie die  
105 Kommunen beim Schulbau unterstützen will; das im Wahlkampf versprochene  
106 Schulbauprogramm verharret im Status der Ankündigung.

107

108 • Wir als CDU haben gehandelt und ein Konzept für ein Programm  
109 „Investitionsoffensive Grundschulen“ entwickelt und hierfür einen konkreten  
110 Finanzierungsvorschlag vorgelegt. Das Programm kann noch im laufenden  
111 Haushaltsjahr beginnen und bis zum Ende der Legislaturperiode mit mindestens 300  
112 Millionen Euro ausgestattet werden. Kommunen und Land sind eine  
113 Schicksalsgemeinschaft: Diesem Bekenntnis müssen auch Taten folgen. Durch das  
114 Programm „Investitionsoffensive Grundschulen“ wollen wir deshalb gemeinsam mit  
115 den Städten und Gemeinden den Zustand unserer Grundschulen zügig verbessern  
116 und dazu eine grundlegende Sanierung ermöglichen. Wir fordern die SPD-  
117 Landesregierung auf, in den anstehenden Haushaltsberatungen den Weg  
118 freizumachen, um unsere Städte und Gemeinden konkret und wirksam bei den  
119 notwendigen Investitionen in die Grundschulen zu unterstützen.

120

121

122 **3. Die SPD-Einheitsschule stoppen: Wir wollen das gegliederte**  
123 **Schulsystem in seiner bewährten Struktur stärken – mit vielfältigen**  
124 **Erfolgswegen und hoher Durchlässigkeit.**

125

126 • Bei den weiterführenden Schulen stehen wir fest zum hinreichend bewährten Zwei-  
127 Säulen-Modell von Gemeinschaftsschule und Gymnasium. Diese unterschiedlichen  
128 Schulformen müssen weiter unterscheidbar ausgestaltet werden: Gymnasium und  
129 Gemeinschaftsschule mit jeweils eigenständigem Profil. Eine solche Differenzierung  
130 ist der richtige Weg, um unsere Kinder entsprechend ihrer individuellen  
131 Leistungsfähigkeit zu unterrichten. Als dritte Säule bieten die beruflichen Schulen

132 ein breites Portfolio an unterschiedlichen Abschlüssen. Diese drei Schulformen  
133 garantieren eine hohe Durchlässigkeit und ermöglichen den Weg zum Abitur.

134

135 • Die SPD ist auf dem Irrweg, indem sie das Sitzenbleiben am Gymnasium generell in  
136 Klasse 6, in Modellversuchen sogar bis in Klasse 7 abschafft. Aber auch eine  
137 Regelung, wonach in Ausnahmefällen bei völlig überforderten Schülern durch  
138 Zweidrittel-Beschluss der Klassenkonferenz ein Wechsel zur Gemeinschaftsschule  
139 möglich ist, soll wegfallen. Hinzukommt, dass die Landesregierung sich parallel zu  
140 diesen Aufweichungen grundsätzlich gegen Zugangsvoraussetzungen für das  
141 Gymnasium sperrt. Außerdem machen die künftig lediglich vorgesehenen 178  
142 Unterrichtsstunden in der gymnasialen Stundentafel das Saarland zum Schlusslicht  
143 unter den Bundesländern mit neunjährigem Gymnasium. Damit bestätigen sich alle  
144 Befürchtungen, wonach die Landesregierung die zunehmende Angleichung der  
145 Leistungsniveaus an den Gymnasien und Gemeinschaftsschulen nicht nur in Kauf  
146 nimmt, sondern aktiv befördert. Das bedeutet das Ende des Grundsatzes Fördern  
147 und Fordern an saarländischen Gymnasien. Das ist SPD-Ideologie pur und der Weg  
148 zur Einheitsschule durch die Hintertür. Diesen falschen Weg wollen wir stoppen.

149

150 • Wir setzen uns für verbindliche Zugangsvoraussetzungen für die Gymnasien als  
151 Grundlage für die Entscheidung zur weiterführenden Schule ein, die nur in  
152 begründeten Fällen wie persönlichen Härten Ausnahmen zulässt. Im Sinne einer  
153 klaren Abgrenzung der Schulformen fordern wir eine Ausrichtung auf den jeweiligen  
154 Auftrag: Beim Gymnasium sind das Prinzip des Wissenschaftsbezugs und die  
155 Gewährleistung einer grundsätzlichen Studierfähigkeit prägend, während die  
156 Gemeinschaftsschule mit einem stärkeren Praxisbezug die beste Grundlage für eine  
157 qualitativ hohe Ausbildung bieten soll. Deshalb ist es wichtig, dass bei der  
158 anstehenden Reform der Gemeinschaftsschul-Verordnung der Gedanke  
159 ausdifferenzierter Schulformen angemessen berücksichtigt wird. Neben  
160 unterschiedlichen Wegen zum Schulabschluss muss das Prinzip des Forderns und  
161 Förderns in allen Schulformen erhalten bleiben. Hierzu gehören die  
162 Leistungsbewertung durch Noten und die Versetzung, aber auch eine gleichwertige  
163 Ressourcenverteilung und eine stärker an der jeweiligen Schulform ausgerichtete  
164 Lehrerbildung.

165

166 • Wir halten es für sträflich, dass die berufliche Bildung in der aktuellen Politik der  
167 Landesregierung keine Rolle zu spielen scheint: Eine Nullrunde bei den Lehrerstellen  
168 statt einer Stärkung gerade in dem Bereich der Ausbildungsvorbereitung. Keine  
169 Endgeräte für die Berufsschüler, die unmittelbar in den Betrieben digital arbeiten  
170 müssen. Eine fehlende ideologiefreie Bildungswegeberatung, die den Schülern die  
171 Möglichkeiten dieser Schulform klar aufzeigt. So darf eine Landesregierung mit den  
172 dringend benötigten Fachkräften von morgen nicht umgehen.

173

174

175 **4. Wir wollen die richtigen Arbeitsbedingungen für engagierte und**  
176 **motivierte Lehrerinnen und Lehrer, die Freude an der Arbeit haben.**

177

178 • Dass mit der bestehenden Personalisierung keine optimalen Arbeitsbedingungen für  
179 die Lehrkräfte erzielt werden können, ist unstrittig. Deshalb begrüßen wir es  
180 grundsätzlich, dass die Landesregierung entsprechend der Steigerung der  
181 Schülerzahlen 160 neue Lehrkräfte eingestellt hat. Jedoch ist die Festlegung allein  
182 auf Grund- und Gemeinschaftsschulen, während die Gymnasien leer ausgehen  
183 sollen, das völlig falsche Zeichen. Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass die SPD kein  
184 Herz für ein ausdifferenziertes Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium und  
185 Gemeinschaftsschule hat. Genauso falsch ist es, dass auch die Förderschulen und die  
186 beruflichen Schulen leer ausgehen sollen. Wir fordern die Landesregierung auf,  
187 unverzüglich eine Kurskorrektur vorzunehmen. Außerdem muss sie für eine  
188 bedarfsgerechte Ausstattung der Lehrerreserve sorgen und die hierzu erforderliche  
189 Aufstockung kurzfristig umsetzen.

190

191 • Neben zusätzlichen Lehrerstellen können auch gezielte Entlastungen dazu  
192 beitragen, den Lehrkräften mehr Zeit für das zu gewähren, auf das es wirklich  
193 ankommt: das Lehren und Lernen im Unterricht. Hierzu zählt unter anderem eine  
194 Entlastung der Lehrkräfte von unterrichtsfernen Aufgaben wie der Administration  
195 digitaler Infrastruktur. Außerdem sprechen wir uns für eine Entlastung der  
196 Schulleitungen, insbesondere in Grund- und Förderschulen, durch eine Absenkung  
197 der Unterrichtsverpflichtung aus. Nur so kann gewährleistet werden, dass das  
198 Saarland zukünftig noch Fachkräfte an diesen Schulformen für eine Leitungsfunktion

199 gewinnen kann. Für eine vorausschauende Personalisierung fordern wir das  
200 Bildungsministerium auf, ein Gesamtkonzept zu einer Fachkräfteoffensive zu  
201 erstellen, das den Personalbedarf von der Kita durch alle Schulformen adressiert.

202

203

204 **5. Wir wollen eine umfassende digitale Bildung an den Schulen – mit**  
205 **ordentlicher Technik, fachspezifischen Inhalten und fürsorgendem**  
206 **Kinder- und Jugendschutz.**

207

208 • Eine umfassende digitale Bildung an den saarländischen Schulen bleibt, trotz vieler  
209 Investitionen in die Technik, durch die SPD-Bildungspolitik nach wie vor nur eine  
210 Vision. Noch immer fehlt ein inhaltliches Konzept für alle Jahrgangsstufen, die  
211 überfällige Überarbeitung der Lehrpläne und die Festlegung klarer Ziele für den  
212 digitalen Unterricht. Tablets allein machen noch keinen digitalen Unterricht. Um den  
213 Schülerinnen und Schülern einen vergleichbaren digital unterstützten Unterricht zu  
214 ermöglichen, braucht es deshalb endlich ein Steuerungskonzept aus dem  
215 Bildungsministerium. Um die Medienausleihe bedarfsgerecht weiterzuführen, muss  
216 das Bildungsministerium zudem einen klaren Finanzierungs- und Priorisierungsplan  
217 erstellen. Bei der Wartung und Administration der Endgeräte darf die  
218 Landesregierung die Schulträger nicht im Regen stehen lassen, sondern muss für  
219 eine adäquate Kompensation des steigenden Finanz- und Personalbedarfs in den  
220 Landkreisen sorgen, der durch die zusätzlichen Vorgaben des Landes ausgelöst wird.

221

222 • Neben einem technischen Gesamtkonzept des Bildungsministeriums für das  
223 gesamte Land und einem pädagogischen Konzept, wie der Einsatz der Tablets  
224 konkret aussehen soll, drückt sich das Ministerium auch beim Thema Jugendschutz  
225 davor, klare Vorgaben zu machen. Die Verantwortung für die Technik wird den  
226 Kreisen zugeschoben, die Verantwortung für die Pädagogik den Lehrern, und um den  
227 Rest sollen sich die Eltern kümmern. Wir erwarten, dass das Ministerium sich nicht  
228 länger wegduckt und endlich einen Rahmen und pädagogische Leitlinien vorgibt, wie  
229 sich der Unterricht mit den Tablets an allen Schulformen entwickeln soll – und auch,  
230 was damit im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes nicht passieren darf.

231

232 • Der Einsatz digitaler Medien und Unterrichtskonzepte darf nicht zum reinen  
233 Selbstzweck werden, sondern muss klar nach pädagogisch sinnvollen Kriterien und  
234 schulintern strukturiert erfolgen. Dabei sind insbesondere die Lehrkräfte gefragt, die  
235 dadurch einen zusätzlichen Unterstützungsbedarf haben. Um über eine Vielzahl an  
236 inhaltlichen Angeboten und Methoden für digital gestütztes Unterrichten zu  
237 verfügen und die Schülerinnen und Schüler in ihrem Lernprozess begleiten zu  
238 können, bedarf es deshalb einer gezielten, kontinuierlichen Weiterbildung der  
239 Lehrerinnen und Lehrer.

240

241 • Der Einsatz digitaler Lernmittel muss gerade in Zeiten zu weniger Lehrkräfte stärker  
242 dafür genutzt werden, um Schülerinnen und Schülern auch eine eigenständige  
243 Befassung mit Lerninhalten zu ermöglichen. Digitale Technik und Künstliche  
244 Intelligenz bieten weitreichende Potenziale für ein individuelles Lernen, etwa  
245 hinsichtlich Geschwindigkeit und Schwierigkeitsgrad. Diese Chancen müssen  
246 stärker genutzt werden. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, im Rahmen  
247 der Zusammenarbeit der Bundesländer und mit dem Bund Synergiepotenziale im  
248 Bereich digitaler Lernmittel zu prüfen sowie sich wirksam für einen Digitalpakt 2.0  
249 einzusetzen.

250

251 • Die rasante Entwicklung im Bereich der Künstlichen Intelligenz ist eine  
252 Herausforderung auch an die Prüfungsformate in den Schulen. Deshalb fordern wir  
253 das Bildungsministerium auf, ein Konzept für alternative Prüfungsformate zu  
254 erarbeiten, das die bisherige Praxis vor dem Hintergrund neuer Entwicklungen  
255 kritisch hinterfragt und zukunftsfähige Alternativen aufzeigt. Es muss sichergestellt  
256 werden, dass auch in Zukunft valide beurteilt werden kann, ob ein Schüler seine  
257 Leistung allein erbracht hat oder ob sie mit Hilfe digitaler Technik oder Künstlicher  
258 Intelligenz angefertigt wurde.

259

260

261



262 **6. Wir wollen Inklusion mit Augenmaß – mit individueller Förderung,**  
263 **aber ohne Ideologie.**

264

265 • Wir setzen uns weiterhin für ein richtig verstandenes inklusives Bildungssystem ein,  
266 in dem das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht behinderten Menschen  
267 eine Selbstverständlichkeit ist. Dabei wollen wir für jedes Kind eine optimale  
268 Förderung, die sich an seinen individuellen Bedürfnissen ausrichtet und passgenaue  
269 Lösungen bietet. Maßgeblich ist für uns das Wohl des einzelnen Kindes.

270

271 • Die inklusive Beschulung im Saarland muss deshalb auch zukünftig so umgesetzt  
272 werden, dass sie grundsätzlich eine gleichberechtigte, diskriminierungsfreie  
273 Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler am Schulleben ermöglicht. Ein integraler  
274 Baustein hierfür sind die Förderschulen, deren Eigenständigkeit und  
275 Weiterentwicklung mit den verschiedenen Förderschwerpunkten gesichert werden  
276 müssen. Das unter CDU-geführten Landesregierungen entwickelte Konzept  
277 bestehend aus den bereits eingesetzten Inklusionsmaßnahmen, dem Erhalt der  
278 Förderschulen in einer guten Qualität sowie dem verstärkten Einsatz von  
279 Förderschullehrkräften an Regelschulen hat sich bewährt. Bei dem Wahlrecht  
280 zwischen inklusivem Unterricht in den Regelschulen und spezialisiertem Unterricht  
281 in den Förderschulen muss es bleiben. Bei entsprechendem Bedarf müssen die  
282 Förderschulen ausgebaut bzw. weitere eingerichtet werden.

283

284 • Um die langjährigen Praxiserfahrungen in die weitere Entwicklung einzubeziehen,  
285 setzen wir uns für eine Evaluation und realistische Neuaufstellung der  
286 Inklusionsverordnung ein. Eine klare Diagnostik ist dabei für uns als wesentliche  
287 Grundlage unverzichtbar, um ideologiefreie Beurteilungen zu ermöglichen.  
288 Außerdem sollte die Multiprofessionalität neu aufgestellt werden und den Fokus  
289 nicht ausschließlich auf die Sozialpädagogik richten, sondern mit einer breiten  
290 Fachkräfteoffensive Förderschullehrkräfte und Schulpsychologie personell in der  
291 Fläche stärken. Außerdem braucht es mehr spezialisierte Anlaufstellen,  
292 beispielsweise Autismus-Therapiezentren.

293

- 294
- 295
- 296
- Um dem akuten Mangel an Förderschullehrkräften aktiv entgegenzuwirken, fordern wir die Landesregierung auf, die Einrichtung des Studienganges Sonderpädagogik mit Hochdruck voranzutreiben.